

Programm
zur
Kommunalwahl 2011





Buchholzer Liste

für Umwelt, Soziales & Nachhaltigkeit

Vorstand:

Dr. Martin Dieckmann
Karsten Müller
Andreas Zieseimer

Kontakt:

Buchholzer Liste
c/o Dr. Martin Dieckmann
Rehkamp 46
21244 Buchholz

info@buchholzer-liste.de
www.buchholzer-liste.de

Bankverbindung:

Andreas Zieseimer wg. Buchholzer Liste
Nr. 90 20 75 49
Sparkasse Harburg-Buxtehude
BLZ: 207 500 00

Inhaltsverzeichnis

Motivation.....	4
Ausrichtung	4
Arbeitsweise.....	5
Ziele für die kommenden Jahre	7
Verkehr.....	9
Umwelt.....	12
Bauen und Wohnen	13
Wirtschaft	15
Öffentliche Einrichtungen	17
Familie	18
Schule und Bildung.....	23
Jugend und Soziales	25
Kultur, Sport und Freizeit.....	26
Eine lebendige Stadt für alle Generationen.....	28
Finanzen	30



Mit der Buchholzer Liste für eine umweltverträgliche, sozial ausgewogene und nachhaltige Stadtentwicklung in Buchholz!

Motivation

In der **Buchholzer Liste** für Umwelt, Soziales und Nachhaltigkeit (Buchholzer Liste) haben sich Buchholzer Bürgerinnen und Bürger¹ zusammengefunden, die sich außerhalb der etablierten Parteien für das örtliche Gemeinwesen einsetzen wollen.

Für uns bedeutet kommunale Selbstverwaltung, dass die Bürger die Gestaltung ihres lokalen Wohn- und Arbeitsumfeldes in die Hand nehmen. Parteipolitische Interessen müssen hinter dem Interesse des kommunalen Gemeinwesens zurückstehen.

Unsere Politik ist auf eine nachhaltige Entwicklung von Buchholz ausgerichtet. Wir wollen, dass Buchholz eine lebendige Stadt mit einem hohen Lebenswert für die Bürger bleibt. Wir sehen dabei die Herausforderungen, vor denen die Kommunen vor allem durch den demographischen Wandel stehen.

Die Buchholzer Kommunalpolitik berücksichtigt diese Herausforderungen bisher nur unzureichend. Sie hat sich zudem in vielen Entscheidungen von den Bürgern entfernt. Die bisherige Mehrheit des Rates hat nach unserer Auffassung in der vergangenen Legislaturperiode die Vorlagen der Verwaltung und des Bürgermeisters, der als Parteiloser für alle Buchholzer getreten ist, zu wenig hinterfragt und kritisch begleitet.

Diskussionswürdige Projekte wurden ohne ausreichende öffentliche Auseinandersetzung und Interessenabwägung verabschiedet. Die guten Argumente engagierter Bürger haben vielfach zu wenig Einfluss auf die Entscheidungen des Rates.

Wir wollen dies ändern, indem wir politische Entscheidungen auf der Grundlage einer sachlichen Auseinandersetzung und der fundierten und transparenten Abwägung von konkurrierenden Interessen herbeiführen. Die Argumente der Bürger und auch die konstruktive Kritik der Opposition müssen gehört werden, sie dürfen nicht, wie so häufig in der Vergangenheit im Buchholzer Rat, unberücksichtigt bleiben. Wir hoffen, so auch der allgemeinen Politikverdrossenheit entgegenwirken und wieder Vertrauen in kommunale Entscheidungen schaffen zu können.

Ausrichtung

Die **Buchholzer Liste** setzt sich für eine in jeder Hinsicht nachhaltige Entwicklung der Stadt Buchholz und ihrer Ortschaften ein. Wir wollen darauf hinwirken, dass Buchholz auch in den kommenden Jahren und Jahrzehnten sowie für die nachfolgenden Generationen ein lebenswertes Umfeld bietet.

Umwelt, Soziales und Nachhaltigkeit

Bürgerbeteiligung

Lebenswertes Umfeld für nachfolgende Generationen

¹ Im Folgenden wird aus Gründen der einfacheren Lesbarkeit nur kurz von „Bürger“ oder „Bürgern“ gesprochen. Gemeint sind aber stets sowohl Bürgerinnen als auch Bürger. Wir bitten um Verständnis.

Wir wollen den Charakter der Stadt, einschließlich der Ortschaften, und deren Einbettung in die Natur erhalten.

Wir wollen die Stadt stärken und verhindern, dass die aus den demographischen Veränderungen resultierenden Lasten, z. B. für die Erhaltung der Infrastruktur, unfinanzierbar werden.

Wir wollen verhindern, dass unter Kosten-Nutzen-Aspekten unverhältnismäßige Großprojekte den wirtschaftlichen Spielraum für notwendige Maßnahmen z. B. im sozialen Bereich und zur Unterstützung von Familien in den Bereichen Schule und Kindergarten einschränken.

Wir wollen ein Ausufern der Wohn- und sonstigen Bebauung in den Außenbereich verhindern. Wir treten sowohl aus umweltpolitischen als auch aus finanzpolitischen Erwägungen für eine verstärkte Binnenentwicklung von Buchholz ein.

**Kein weiteres Ausufern
von Buchholz**



Arbeitsweise

Nach unserer Auffassung sollte es selbstverständlich sein, dass alle im örtlichen Gemeinwesen anstehenden Entscheidungen mit Blick auf das Wohl der Stadt bzw. im Interesse der Mehrheit der Bürger sowie unter sorgfältiger Abwägung der jeweiligen Vor- und Nachteile, Alternativen und Möglichkeiten getroffen werden.

Es ist offenkundig, dass sich hier trotz einer klaren Grundausrichtung der **Buchholzer Liste** für eine nachhaltige Stadtentwicklung in Buchholz durchaus einmal unterschiedliche Meinungen und Ansichten ergeben können. Diese haben auch in unserer Wählergemeinschaft Raum. Es kann nicht darum gehen, durch Parteidisziplin oder Fraktionszwang die vielfach in der Natur der Sache liegenden Konflikte zwischen verschiedenen öffentlichen Belangen zu unterdrücken.

Wichtiger als eine stromlinienförmige Erscheinung unserer Wählergemeinschaft nach außen ist uns eine ernsthafte inhaltliche Auseinandersetzung mit den jeweils anstehenden Entscheidungen und Sachfragen. Uns

**Entscheidungsfindung
ausschließlich nach
Abwägung von Sachar-
gumenten**

eint dabei aber das Bekenntnis zu den oben beschriebenen Zielen einer Bewahrung und nachhaltigen Entwicklung der Stadt Buchholz und ihrer Ortschaften.

Darüber hinaus ist es uns wichtig, kommunalpolitische Entscheidungsprozesse von der Einflussnahme Einzelner freizuhalten, die vorrangig ihr persönliches wirtschaftliches Interesse im Auge haben. Wir stellen uns insbesondere gegen eine Politik des Vorranges von Partikularinteressen.

Darüber hinaus vertrauen wir auf die Kenntnisse, Erfahrungen und Ideen der Bürger in Buchholz. Die auf vielen Ebenen vorhandenen Kompetenzen nehmen wir ernst, indem wir mit Bürgern offen diskutieren und ihnen politische Teilhabe ermöglichen wollen. Wir halten die kommunale Ebene für den Ort, in dem Demokratie am unmittelbarsten erfahren und gelebt wird. Wir wollen, dass die Öffentlichkeitsbeteiligung als demokratisches Grundrecht selbstverständlich wird und nicht zu einer „verwaltungstechnischen Mogelpackung“ verkommt. Wir wollen in Zukunft eine stärkere Beteiligung der Bürger über den Wahltermin hinaus. Bei wichtigen Themen der Stadtpolitik und großen Investitionen fordern wir eine frühzeitige und umfassende Darstellung der Verfahrensweisen, Ziele und Wirkungen von Entscheidungen, die über die gesetzlichen Mindestanforderungen hinausgeht.

Bürgerbeteiligung über den Wahltermin hinaus



Als konkretes Projekt treten wir u. a. für die Einrichtung eines Bürgerhaushaltes ein. Dieser Ansatz wird vom von der Bundesregierung eingesetzten „Rat für nachhaltige Entwicklung“ für Kommunen vorgeschlagen und bereits von großen Städten wie Köln, Potsdam und Leipzig erfolgreich umgesetzt. Mit der Idee des Bürgerhaushaltes räumt die Verwaltung ihren Bürgern direkte Mitsprache bei der Planung der kommunalen Finanzpolitik ein. Über die Bürgerhaushalte können eigene Ideen für die Budgetplanung eingebracht werden. Die Bürger können vorschlagen, wo gespart werden soll oder wo sie sich höhere Investitionen wünschen.

Bürgerhaushalt

Ziele für die kommenden Jahre

Wir sind der Meinung, dass die wesentlichen kommunalpolitischen Entscheidungen in den nächsten Jahren darauf gerichtet sein müssen, Buchholz unter den Bedingungen der demographischen Entwicklung und des Klimawandels „zukunftsfähig“ zu machen. Hierzu gehören:

- Erhalt der Lage und des Charakters von Buchholz als „Stadt im Grünen“, d. h. mögliche Vermeidung von Bau- und Infrastrukturprojekten, die über den Ortsrand hinausgehen bzw. in den Außenbereich eingreifen;



- Stärkung des innerstädtischen Bereichs durch Förderung von Einzelhandel, Dienstleistungsgewerbe, Gastronomie und Einrichtungen der Gesundheitsversorgung in der Buchholzer Innenstadt und in den Ortskernen anstelle der Auslagerung in Gewerbegebiete und „Fachmarktzentren“;
- weitgehende Vermeidung der Errichtung neuer, durch künftige Generationen kaum finanzierbarer Infrastruktur (insbesondere Straßen, Wohngebiete im Außenbereich); stattdessen Erhalt und Verbesserung der bestehenden Infrastruktur, die ohnehin schon hohe, zunehmend schwer zu tragende finanzielle Lasten verursacht;
- behutsame Entwicklung von Wohnbebauung und sonstiger Bebauung, vorrangig durch „Nachverdichtung“ und nicht durch großflächige Bauprojekte an den Ortsrändern;
- Ausbau der sozialen Infrastruktur, insbesondere mit Blick auf die Bedürfnisse von Familien, aber auch im Interesse der älteren Generationen sowie im Hinblick auf die Bedürfnisse sozial und wirtschaftlich benachteiligter Mitbürger;
- Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs im rein innerstädtischen Bereich ebenso wie in der Anbindung an die Metropole Hamburg;
- generell ein verantwortungsvoller Umgang mit den zukünftig von immer weniger Bürgern aufzubringenden Steuermitteln; d. h. Verzicht auf

Vermeidung weiterer Bau- und Infrastrukturprojekte im Außenbereich

Familiengerechte Infrastruktur

Ausbau ÖPNV

Nachhaltige Finanzpolitik

kostspielige Groß- und Infrastrukturprojekte, insbesondere im Außenbereich, zugunsten einer Stärkung des Vorhandenen.

Anders als einige Nachbarstädte (z. B. Lüneburg, Buxtehude) blickt Buchholz auf eine kurze Stadtgeschichte und ein vergleichsweise schnelles Bevölkerungswachstum in den vergangenen Jahrzehnten zurück. Als Pendlerstadt im „Speckgürtel“ der Metropole Hamburg verfügt Buchholz über keinen historisch gewachsenen Stadtkern. Die Attraktivität unserer Heimatstadt besteht - neben der Nähe zu Hamburg - hauptsächlich in ihrer Einbettung in die Natur. Der hohe Wohnwert von Buchholz als „Stadt im Grünen“ ist ein wesentlicher Vorzug, den es unbedingt zu erhalten gilt.

Erhalt von Buchholz als „Stadt im Grünen“

Im Hinblick auf die zu erwartende demographische Entwicklung muss es unser dringendes Anliegen sein, die Innenstadt und die Ortskerne zu erhalten und zu stärken, damit Buchholz auch für zukünftige Generationen die Nahversorgungsfunktion in jeder Hinsicht wahrnehmen kann. Diesen Zielen widerspricht es, wenn die Kommunalpolitik in den vergangenen Jahren in unreflektierter Fortschrittsgläubigkeit oder unter dem Einfluss persönlicher wirtschaftlicher Interessen immer wieder eine Wohn- und Gewerbesiedelung im Außenbereich vorangetrieben hat.

Das Gewerbegebiet III am Trelder Berg und die überdimensionierte und aufgrund der Randlage nicht zeitgemäße Wohnbebauung am Kattenberg in Steinbeck sind hierfür ebenso Negativbeispiele wie der bislang nur beabsichtigte Landschaftsverbrauch im Osten von Buchholz durch das Projekt „Ostring“, das wirtschaftlich eine unzureichende Kosten/Nutzen-Relation aufweist. Es würde zudem wertvolle Naherholungsgebiete unwiederbringlich zerstören und den Charakter von Buchholz als „Stadt im Grünen“ dauerhaft beschädigen.

Keine weitere Bebauung in den Randbereichen

Dieser für unsere Stadt und ihre langfristige Entwicklung schädlichen sowie mit Blick auf die zu erwartende Bevölkerungsentwicklung und die kommenden Anforderungen an ein nachhaltiges Wirtschaften kurzsichtigen und nicht zukunftsorientierten Politik ist Einhalt zu gebieten.

Schon aus wirtschaftlichen Gründen, aber auch um den Charakter unserer Stadt zu bewahren, sind größere Bau- und Infrastrukturprojekten im Außenbereich zukünftig zu verhindern. Stattdessen bedarf es einer nachhaltigen Stärkung der Buchholzer Innenstadt und der Ortskerne.

Stärkung der Innenstadt

Gleiches gilt in Bezug auf das Straßennetz und die sonstige Infrastruktur. Aus Umweltschutzgründen, aber auch aufgrund des demographischen Wandels und seiner finanzpolitischen Konsequenzen ist jeder Ausweitung der Infrastruktur in die Fläche entgegenzutreten. Vielmehr sind die zukünftigen Anstrengungen auf eine Konsolidierung und Erhaltung der vorhandenen Infrastruktur zu richten, damit diese für zukünftige Generationen bezahlbar bleibt. Für eine Stadt, die ihr Straßennetz offenkundig schon jetzt nicht angemessen erhalten kann, verbietet es sich von selbst, eine völlig überdimensionierte Umgehungsstraße zu bauen, deren entlastende Wirkung auf den Innenstadtverkehr zumindest zweifelhaft erscheint.

Generell sind alle zukünftigen Bau- und Infrastrukturvorhaben streng unter Kosten/Nutzen-Gesichtspunkten sowie auf Umweltverträglichkeit zu prüfen.

Prüfung aller Projekte nach Kosten/Nutzen- und Umweltgesichtspunkten

Verkehr

Schon aus finanzpolitischen Gründen kann eine Ausweitung des Buchholzer Straßennetzes in die Fläche zukünftig nicht in Betracht kommen. Die notwendige Ortsumgehung Dibbersen wird das letzte Straßenbauprojekt im Außenbereich sein.

Hingegen darf es zum Bau des Ostrings keinesfalls kommen. Dieses Großprojekt mit diversen Brückenbauwerken in der freien Landschaft hätte für die Natur, einschließlich der Tierwelt, und den Naherholungswert von Buchholz fatale Folgen. Im Hinblick auf die hohen Kosten und die nachweislich begrenzte Entlastungswirkung hält es einer seriösen Kosten/Nutzen-Betrachtung nicht stand, zumal sich die Belastungsschwerpunkte auf wenige Stunden beschränken.

Erst recht kann es nicht sein, dass zu millionenschweren „Problemlösungen“ gegriffen wird, bevor vorhandene, weniger belastende Maßnahmen zur Verbesserung des Verkehrsflusses ausgeschöpft worden sind. Es hat sogar den Anschein, dass in Betracht kommende alternative Maßnahmen gezielt unterlassen werden, um den Ostring als unverzichtbar darstellen zu können.



Der Ostring wurde seinerzeit auf Basis von Verkehrsprognosen bis 2015 und 2020 geplant, die sich schon heute als wenig realistisch darstellen. Vor dem Hintergrund des demographischen Wandels, des globalen Klimawandels und einer langfristig gebotenen Rechtfertigung eines Straßenbauprojektes dieses Ausmaßes erscheint es als besonders fragwürdig, an diesem Projekt festhalten zu wollen. Nachdem nun das Verwaltungsgericht Lüneburg den Planfeststellungsbeschluss für den Ostring im Februar 2011 aufgehoben hat, ist es dringend geboten, das Mammut-Projekt auch politisch zu „beerdigen“ und sich stattdessen einer sinnvollen und zukunftsweisen den Ausrichtung des Individualverkehrs zuzuwenden.

Verzicht auf Bau des Ostrings

Diese umfasst neben der - aus klimapolitischen Gründen ohnehin gebotenen - weiteren Stärkung des öffentlichen Personennahverkehrs und des nicht motorisierten Individualverkehrs (Radwegenetz) die Optimierung der Verkehrsführung in der Innenstadt ebenso wie innerstädtische Straßenbaumaßnahmen, die auch aus anderen Gründen nicht weiter aufgeschoben werden dürfen.

Hierzu gehört etwa der Ausbau des Mühltunnels. Dieser stellt aber keine Alternative zum Ostring dar. Er ist vielmehr aus Gründen der Verkehrssicherheit vor allem von Fußgängern und Radfahrern und zur Gewährleistung der Erreichbarkeit der südlichen Ortsteile durch den Stadtbus und Rettungsfahrzeuge zwingend erforderlich.

Die einseitige Fokussierung auf die Diskussion um den Ostring hat die berechtigten Interessen nicht motorisierter Verkehrsteilnehmer in Buchholz viel zu lange vernachlässigt. Nicht zuletzt aus Gründen der Schulwegsicherung treten wir für eine schnellstmögliche Modernisierung des Mühltunnels ein. Die Verwaltung hat erst kürzlich auf eine Anfrage aus dem Ortsrat Steinbeck bestätigt, dass eine Sicherung des Fußgängerweges im Mühltunnel z. B. durch ein Geländer im momentanen baulichen Zustand nicht möglich ist.

Stärkung ÖPNV

Förderung Radverkehr

Ausbau Mühltunnel

Schulwegsicherung



Umso wichtiger ist, die Planung und Umsetzung eines allen Verkehrsmitteln gerecht werdenden Ausbaus des "Mühltunnels" sofort in Angriff zu nehmen und diesen nicht auf die lange Bank zu schieben. Dabei sollen und müssen die berechtigten Belange der Wohnbevölkerung im Bereich des Tunnels und seiner Anbindung an das Straßennetz in einem transparenten Verfahren berücksichtigt werden.

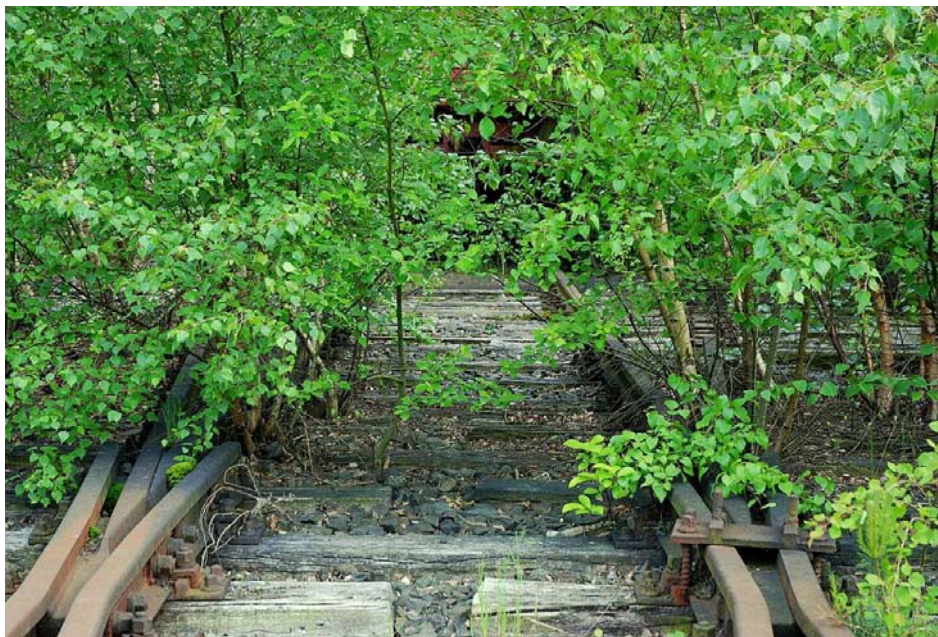
Insgesamt setzen wir uns im Bereich Verkehr u. a. für Folgendes ein:

- sofortiger Ausstieg aus der Planung des Ostrings, der unter Kosten/Nutzen-Gesichtspunkten sowie mit Blick auf die Auswirkungen auf den Charakter von Buchholz als „Stadt im Grünen“ dem Grunde nach

Berücksichtigung der Interessen der Anwohner der Mühlenwege

wie in seiner konkreten Ausführung unverhältnismäßig ist;

- sofortige Prüfung aller zeitnah in Betracht kommenden Maßnahmen zur Optimierung des Verkehrsflusses in der Buchholzer Innenstadt, insbesondere in Nord-Süd-Richtung (Ampelschaltungen Soltauer Straße/Heidekamp, Hamburger Straße mit Bendestorfer Straße, Berliner Straße, Nordring usw.; Prüfung von Kreisverkehren);
- sofortiger Beginn der Planung und Umsetzung eines die Belange von Fußgängern und Fahrradfahrern berücksichtigenden Ausbaus des Mühlen-tunnels, nicht zur Entlastung der Innenstadt, sondern vor allem, um zwingenden Erfordernissen der Verkehrssicherheit zu entsprechen und die Anbindung des Südens an das Stadtbusnetz sowie seine Erreichbarkeit für Rettungsfahrzeuge sicherzustellen;
- Forcierung der Planung für die Südtangente einschließlich einer Veloroute (Radroute);
- Prüfung, Aktualisierung und Umsetzung vorhandener und neu zu entwickelnder Konzepte für ein Radwegenetz in der Kernstadt nebst Anbindung der Ortschaften; Prüfung der Realisierung von Velorouten und Shared Space-Bereichen (gemeinsam genutzter Raum) in Nebenstraßen;
- Verbesserung und Ausweitung der Fahrradabstellmöglichkeiten am Buchholzer Bahnhof;
- Optimierung des öffentlichen Personennahverkehrs durch bessere Abstimmung des Fahrplans für den Buchholz Bus mit dem des Schienenpersonennahverkehrs; außerdem Prüfung der Taktverkürzung und der Ausweitung des Fahrplanangebotes des Buchholz Bus in den Abendstunden und an den Wochenenden;



- Prüfung der Möglichkeiten zur Optimierung der Anbindung von Buchholz an den HVV; Aufnahme von Verhandlungen zur Überprüfung der Tarifzonen;

Sofortmaßnahmen zur Optimierung des innerstädtischen Verkehrsflusses

Fahrradabstellanlagen

Vertaktung Buchholz Bus mit Metronom

Tarifzonen HVV

- Prüfung und Ausweitung von Fußgänger- und Mischverkehrszonen sowie weiterer Maßnahmen der Verkehrsberuhigung in der Buchholzer Innenstadt;
- bessere Erhaltung der vorhandenen Straßeninfrastruktur durch notwendige Maßnahmen der Reparatur und Erneuerung;
- mittelfristig: Prüfung und ggf. Realisierung einer weiteren Bahnquerung im Zusammenhang mit der Erschließung des Rütgers-Geländes; Umsetzung jedoch nur bei positivem Ergebnis einer strengen Bedarfs- sowie Kosten/Nutzen-Prüfung;
- eine sinnvoll dimensionierte Ortsumgehung von Dibbersen wird befürwortet;
- Optimierung der Absicherung der Schulwege und gezielte Förderung des Erreichens der Schulen zu Fuß und mit dem Fahrrad;
- Verbesserung der Situation von Fußgängern durch Abbau von Gefahrenstellen und Steigerung der Attraktivität des Fußverkehrs (Fußwege abseits des Straßenverkehrs, attraktive Ruhemöglichkeiten, Verbesserung der Straßenquerung).

Stärkung der Rechte von Fußgängern

Mit dem Rad und zu Fuß zur Schule

Abbau von Gefahrenstellen für Radfahrer und Fußgänger

Umwelt



Die Einbettung von Buchholz, einschließlich seiner Ortschaften Dibbersen, Sprötze, Trelde, Steinbeck und Holm-Seppensen, in Natur und Landschaft ist bisher der wesentliche Vorzug unserer Heimatstadt und unterscheidet diese von anderen Siedlungsbereichen in der Metropolregion Hamburg. Er darf nicht durch eine kurzsichtige Stadtentwicklung gefährdet werden. Vielmehr ist der Charakter von Buchholz als „Stadt im Grünen“ unbedingt zu erhalten. Ein Ausufern der Wohn- und Gewerbebereiche über die bisherigen Ortsränder hinaus ist zu vermeiden. Im Sinne des Klimaschutzes sind der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) und der nicht motorisier-

Buchholz als „Stadt im Grünen“

te Individualverkehr zu stärken. Umwelt- und Klimaschutz als „Querschnittsaufgaben“ sind bei allen Bau- und Infrastrukturvorhaben vorrangig zu beachten.

Konkret bedeutet dies:

- Keine Straßenbaumaßnahmen außerhalb der Ortsgrenzen, es sei denn, es liegt ein zwingender Bedarf vor;
- Vermeidung von Wohnbebauung im Außenbereich, Vorrang der „Nachverdichtung“, soweit überhaupt Bedarf besteht;
- keine neuen Gewerbegebiete im Außenbereich; möglichst umwelt- und landschaftsbildverträgliche Belegung freier Flächen in den bestehenden Gewerbegebieten;
- Stärkung des öffentlichen Personennahverkehrs und des nicht motorisierten Verkehrs, z.B. durch Entwicklung eines Radwegenetzes und durch eine Erhöhung der Attraktivität des Fußverkehrs.

Bauen und Wohnen

Auch in Bezug auf Bauvorhaben gilt, dass der Charakter von Buchholz als „Stadt im Grünen“ unbedingt zu erhalten ist. Insbesondere dürfen die grünen Ortsränder nicht ohne Not durch neue Großwohnbaugebiete angetastet werden. Stattdessen ist eine vorrangige Nutzung des vorhandenen Potentials durch Nachverdichtung und Stärkung der innerörtlichen Wohnlagen anzustreben, nicht nur um Eingriffe in die Natur so gering wie möglich zu halten und den Forderungen des Klimaschutzes zu genügen (Verringerung des motorisierten Individualverkehrs), sondern auch um die Kosten für die künftige Erhaltung der Infrastruktur in vertretbaren Grenzen zu halten.

Keine Ausweisung weiterer Großwohnbaugebiete



Die Förderung der Wohnbebauung muss sich zudem dem demographischen Wandel anpassen. Wir unterstützen die Gründung von Wohnprojekten, die ein generationenübergreifendes Wohnen fördern. Besonders im

Innenstadtbereich muss verstärkt der Bau preiswerter und seniorengerechter Wohnungen angestrebt werden. In den bestehenden Wohngebieten aus den 70er Jahren, die häufig eine überalterte Bevölkerungsstruktur aufweisen, muss gezielt die Ansiedlung junger Familien angestrebt werden. Wohnen von Alt und Jung in unmittelbarer Nachbarschaft ist unter sozialen Gesichtspunkten nicht nur in speziellen Wohnprojekten anzustreben. Ein generationenübergreifendes Wohnprojekt, das von der Stadt initiiert wird, könnte hier Modellcharakter haben.

Wohnprojekte für Jung und Alt

Förderung nachhaltiger Wohnformen

Eine Fläche hierfür könnte nach sorgfältiger Abwägung aller Vor- und Nachteile das momentan zum Verkauf stehende Gelände der ehemaligen Zivildienstschule sein.

Maßnahmen:

- Verzicht auf neue Großwohnbaugebiete und auf die Ausweitung der Wohnbebauung in den Außenbereich (Negativbeispiel: Kattenberg-Bebauung);



- sorgfältige Prüfung von Neuausweisungen für Wohnbaugebiete; vorrangige Nutzung von Flächen im Innenbereich;
- Erstellung einer Übersicht aller Baulücken im Innenstadtbereich;
- städtischer Erwerb von zentralen Grundstücken (Zivildienstschule), um diese nicht nur über die Möglichkeiten der Bauleitplanung (Bebauungsplan) im Sinne einer nachhaltigen Stadtentwicklung gestalten zu können;
- Nutzung der Potentiale zur „Nachverdichtung“; Förderung der Erhaltung und Modernisierung von Bestandsimmobilien; Erhöhung der Wohnattraktivität der Innenstadt und der Ortszentren;
- keine Bauleitplanung und Ausweisung von Bauland aus Gefälligkeit oder unter dem einseitigen Einfluss von Investoren;
- stärkere Beachtung des Maßstabes der Ortsüblichkeit der Bebauung in Bezug auf Grundstücksgrößen, Bauvolumen und Gestaltungsanforderungen;

- energetische Prüfung und ggf. Sanierung aller kommunalen Gebäude;
- Entwicklung von innerstädtischen Wohnprojekten durch „Baugruppen“. Dieses in süddeutschen Städten wie Freiburg und Tübingen sehr erfolgreiche Prinzip ist einfach: Bauwillige tun sich mit Architekten zusammen, gestalten gemeinsam ein Haus und individuell eine Wohnung. Sie zahlen in einen Topf, was ansonsten jeder einem Bauträger zahlen müsste, und finanzieren so gemeinsam ein Projekt. Die Stadt unterstützt dies durch Musterverträge und die Koordination zwischen Baugruppen und Architekten.

Wirtschaft

Die Nahversorgung durch Handel, Dienstleistungsgewerbe und Einrichtungen der Gesundheitsversorgung in der Kernstadt und in den Ortschaften ist zu stärken; ein weiteres Ausufern von Gewerbegebieten und „Fachmarktzentren“ im Außenbereich ist zu verhindern. Dabei ist gewachsenen Einzelhandels- und Dienstleistungsstrukturen grundsätzlich der Vorzug vor großflächigen Einzelhandelsbetrieben zu geben.

Maßnahmen:

- Nach Realisierung der „Buchholz-Galerie“ werden keine weiteren Einkaufszentren mehr angesiedelt; stattdessen erfolgt eine Stärkung kleinerer Strukturen in Handel und Dienstleistungsgewerbe;
- Stärkung der Wohn- und Gewerbenutzung im innenstadtnahen Bereich bzw. in den Ortslagen; Förderung der Nahversorgung im Einzelhandel und mit Dienstleistungen sowie Angeboten der Gesundheitsversorgung zwecks Gewährleistung „kurzer Wege“;



Sicherung der Nahversorgung

Stärkung der Attraktivität der Innenstadt

- Erhöhung der Attraktivität der Buchholzer Innenstadt durch weitere Maßnahmen der Verkehrsberuhigung sowie durch Förderung des ÖPNV und der Radwegeinfrastruktur;

- vorbehaltlich eines eindeutig nachgewiesenen zukünftigen Bedarfes, der derzeit nicht erkennbar ist, keine weitere Ausweisung von Gewerbegebieten im Buchholzer Nahbereich;



- möglichst verträgliche Nutzung der noch vorhandenen, erheblichen Flächen in den Gewerbegebieten II und III durch nicht störendes Gewerbe anstelle von Industriebetrieben und störenden Gewerbebetrieben;
- keine Förderung der Verlagerung von Büronutzungen in die Gewerbegebiete;
- strikte Verhinderung der schleichenden Umwandlung von Wohngebieten und Ortsrandbereichen in Gewerbegebiete;



- Ausbau des Glasfasernetzes als Struktur- und Standortvorteil für „sauberes“ Gewerbe und um der zu erwartenden Entwicklung in Richtung auf vermehrte Heimarbeit Rechnung zu tragen und diese – auch im Interesse des Klimaschutzes – zu fördern.

Öffentliche Einrichtungen

Die Versorgung der Bevölkerung mit den wesentlichen öffentlichen Dienstleistungen muss auch mittel- und langfristig gesichert werden, was vor dem Hintergrund des demographischen Wandels (zunehmende Alterung der Bevölkerung, steigende finanzielle Lasten) besondere Anstrengungen erfordert.

Um die Infrastruktur öffentlicher Einrichtungen für zukünftige Generationen bezahlbar zu halten, hat eine Konzentration auf das Wesentliche zu erfolgen.



Maßnahmen:

- Stärkung und weiterer Ausbau der „Empore“ als Kulturzentrum und natürlicher Mittelpunkt der Kernstadt, auch zur Belebung des Innenstadtbereiches. Verstärkte Förderung ihrer Nutzung durch örtliche Vereine, Gruppen und Non-Profit-Organisationen durch deutliche Verbesserung der Nutzungsbedingungen (insbesondere Verringerung der Nutzungsgebühren); Ausweitung der Nutzung der „Empore“ auch tagsüber und an allen Wochentagen;
- Stärkung und ggf. Neukonzeption bzw. Erweiterung des Buchholzer Schwimmbades als unverzichtbare Sport- und Freizeiteinrichtung;
- Erhalt der Sportinfrastruktur und Förderung der Buchholzer Sportvereine, insbesondere in den Kernsportarten (z. B. Schwimmen);
- Verzicht auf Förderung von Modeerscheinungen, Randsportarten und überregionalen Angeboten;
- stärkere Ausrichtung der Geschäftspolitik der Stadtwerke Buchholz auf eine nachhaltige und ortsnahe Energieversorgung;
- Umstellung der Stromversorgung kommunaler Gebäude auf Strom aus erneuerbaren Energiequellen (auch im Sinne eines lokalen Ausstiegs aus der Atomenergie);

Empore als Kulturzentrum für alle Buchholzer

Erweiterung des Buchholzer Bades

Förderung von Kernsportarten

- strenge Kosten/Nutzen-Prüfung bei öffentlichen Infrastrukturmaßnahmen, um die Abgabenlast für zukünftige Generationen beherrschbar zu halten;
- konsequente und festgelegte Berücksichtigung von sozialen Standards bei der Vergabe von Aufträgen der öffentlichen Hand. Überprüfung der Auftragsvergabe nach den Arbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), die z. B. Kinderarbeit, Diskriminierung am Arbeitsplatz und überlange Arbeitszeiten verbietet. Eine EU-Richtlinie ermöglicht seit 2004 die Berücksichtigung von Sozial- und Umweltstandards im Vergaberecht; bisher haben 192 Kommunen einen entsprechenden Beschluss gefasst.

Einhaltung sozialer Standards bei öffentlicher Vergabe

Familie

Über Familienpolitik wird in den letzten Jahren viel diskutiert und geschrieben. Konkrete Beschlüsse reduzieren sich dann jedoch häufig auf den Ausbau von Kindergarten- und Krippenplätzen. Auch wir treten für den bedarfsgerechten Ausbau von Betreuungsplätzen ein.

Familienpolitik sehen wir vor dem Hintergrund des demographischen Wandels als wichtige Standortpolitik einer Kommune an. Zeitlich flexible, pädagogisch hochwertige Betreuungseinrichtungen, auch für Kinder unter drei Jahren, inklusive einem gesunden Mittagessen, sind aber nur ein Baustein familienfreundlicher Kommunalpolitik.

Familienpolitik als Standortpolitik



Die Familienfreundlichkeit und vor allem die Kinderfreundlichkeit erweist sich in allen kommunalen Handlungsfeldern. Momentan profitiert Buchholz als Kleinstadt am Rande des „Speckgürtels“ von Hamburg noch vom Zuzug junger Familien. Wie kinderfreundlich eine Kommune ist, zeigt sich aber vor allem bei der Entwicklung der Infrastruktur. Kinder benötigen für ihre körperliche, geistige und soziale Entwicklung einen Freiraum für Spiel,

Kinderfreundliche Entwicklung der Infrastruktur

Bewegung und soziale Kontakte - möglichst in der Nähe ihres Wohnumfeldes. Sie brauchen die Möglichkeit, ihr Wohnumfeld selbstständig zu erkunden, Freunde zu besuchen, ihre Schul- und Spielwege allein zurückzulegen, Einkäufe zu erledigen usw.



Seit Jahrzehnten hat in Deutschland die Zahl der Autos stetig zugenommen, während die Anzahl der Kinder in der Bevölkerung kontinuierlich abgenommen hat. Die Folge ist, dass der Lebens- und Handlungsraum unserer Kinder durch den Straßenverkehr stark eingeschränkt ist. Die Familien- und Kinderfreundlichkeit einer Kommune darf sich daher nicht in Ausgaben für Marketingmaßnahmen („Kinderkönig“ am Rathaus, „Familienstadt Buchholz“) erschöpfen, sondern verlangt ganz konkret die Berücksichtigung der Bedürfnisse von Kindern und Familien in der Stadtentwicklung.

Maßnahmen:

Als neue gewählte Gruppierung in Buchholz werden wir im Bereich der Familienpolitik zuerst auf eine Bestandsaufnahme hinsichtlich der Berücksichtigung der Interessen von Kindern und Familien in den folgenden Handlungsfeldern hinwirken:

- Kommunalverwaltung,
- Wohnen und Umwelt,
- Betreuung von Kindern (Vereinbarkeit von Familie und Beruf),
- Schule, Bildung, Weiterbildung,
- Kultur, Sport und Freizeit.

Wir wissen, dass in Buchholz schon heute auf vielen Ebenen engagierte Arbeit im Bereich der Familienpolitik gemacht wird. Wir wollen die Aktivitäten zielgerichtet unterstützen, ausbauen und koordinieren.

Dies darf nicht über die Köpfe der Betroffenen hinweg passieren, sondern hat unter Einbindung aller Unterstützer einer familienfreundlichen Kom-

**Zurückgewinnung von
Räumen des Straßen-
verkehrs für Kinder**

**Familienpolitik als
Querschnittsaufgabe**

munalpolitik stattzufinden.

Wir wollen daher zu Beginn der Wahlperiode eine Zukunftswerkstatt „Familienfreundliche Kommune“ einrichten. Diese eintägige moderierte Veranstaltung soll unter der Mitwirkung engagierter Bürger, kommunaler Entscheidungsträger sowie von Fach- und Unternehmensvertretern konkrete Ziele und Realisierungsschritte der Familienpolitik für Buchholz erarbeiten. Wir werden dann über die entsprechenden Anträge und die Kontrolle der Verwaltung für deren Umsetzung Sorge tragen.

Maßnahmen:

- Bündelung der verwaltungsinternen Aktivitäten zur Verbesserung der Familienfreundlichkeit auf der Grundlage eines familienpolitischen Gesamtkonzeptes;
- Förderung von familienfreundlichen Arbeitszeitregelungen in kommunalen Einrichtungen, Unterstützung von Arbeitgebern bei der Einrichtung entsprechender Arbeitszeitmodelle;
- barrierefreier Zugang für Kinderwagen, Still- und Wickelmöglichkeiten sowie Spielbereiche in allen kommunalen Einrichtungen;



- familienfreundliche Sprechzeiten der Verwaltung einschließlich einer Sprechstunde für Kinder und ggf. Optimierung des Angebotes des Bürgerbüros (z. B. Erweiterung der Beratung für ehrenamtliches Engagement);
- Beteiligung von Jugendlichen und Kindern bei der kommunalen Entscheidungsfindung durch Maßnahmen wie Kinderversammlung, Jugendgemeinderat etc.;
- Überprüfung und Koordination (Bündelung) aller Familienermächtigungen und ggf. Ausweitung des Angebotes.

Wir sehen Familienpolitik als Teil eines ganzheitlichen Ansatzes der Kommunalpolitik, der sich vor allem im Städtebau äußert. Ein großes Versäumnis vieler Städte ist es, dass diese über Jahrzehnte nach den Bedürfnissen des Individualverkehrs und eben nicht nach den Interessen von Kindern

Zukunftswerkstatt „Familienfreundliche Kommune“

Vielfältige Maßnahmen zur Förderung von Fa- milien

Familienpolitik als ganzheitlicher Ansatz

geplant worden sind.

Ein Grund, warum wir den Ostring mit aller Entschiedenheit ablehnen, ist daher auch, dass wird das Gebiet um den Königsgrund als Naherholungsgebiet für Familien und als Erlebnisraum für Kinder erhalten wollen.



Wir wollen in Buchholz mehr Erfahrungsräume für Kinder schaffen und daher das Auto in Absprache mit den Bürgern aus Wohnbereichen zurückdrängen. Kinder wollen zum Spielen nicht nur Spielplätze. Beliebt sind bei Jungen und Mädchen Waldwege, unbebaute Wiesen und Waldstücke.

In Zusammenarbeit mit den Schulen wollen wir herausfinden, wie Kinder sich ihre Stadt wünschen. Neue Bewegungsflächen sollen in einer so genannten Spielleitplanung geschaffen werden.

Wir wollen das Geld nicht in weitere Marketingkonzepte stecken, in denen sich die Stadt als Familienstadt darstellt, sondern in konkrete Projekte, von denen Kinder und Familien profitieren.

Maßnahmen:

- Durchmischung von Jung und Alt, Singles und Familien in bestehenden Wohngebieten durch eine entsprechende Bauleitplanung;
- Förderung generationenübergreifender Ansätze (Kooperationen von Seniorenheimen mit Kindergärten und Schulen, Wohnprojekte);
- Verbesserung der Schulwegsicherung (z.B. Sanierung des Mühlentunnels mit Fuß- und Radweg);
- Überprüfung aller öffentlichen Spielplätze auf Funktionalität und Nutzung;
- Förderung von verkehrsberuhigten Spielflächen (Spielstraßen);
- Förderung von Tempo 30 anstelle von Tempo 50 in ausgewählten Bereichen, da die Zahl von Unfällen mit Kindern hierdurch um bis zu 70 % zurückgeht;
- Förderung und Gestaltung von Freizeitangeboten für Jugendliche unter

**Erhalt und Schaffung
von Erfahrungsräumen
für Kinder**

**Wohnräume für Alt und
Jung**

**Verkehrssicherung für
alte und junge Men-
schen**

deren Mitwirkung (Kleinfeld-Fußball-, Basketballplätze, Skateranlagen).



Wir erkennen an, dass in Buchholz in den letzten Jahren Anstrengungen unternommen worden sind, das Angebot an Kindergarten- und Krippenplätzen bedarfsgerecht auszubauen. Kommunen stehen dabei vor der Herausforderung, den steigenden Bedarf an Betreuungsplätzen vor dem Hintergrund sinkender finanzieller Mittel zu leisten. Gerade daher ist es uns wichtig, dass die finanziellen Mittel nachhaltig verwendet werden, und kostspielige Investitionen in die Infrastruktur vor diesem Hintergrund geprüft werden.

Bedarfsgerechter Ausbau von Betreuungsplätzen

Auch wir treten für den weiteren bedarfsgerechten Ausbau von Betreuungsplätzen ein. Einen besonderen Bedarf sehen wir hier bei Integrationsplätzen, deren Realisierung überfällig ist.

Fördern wollen wir eine stärkere Verzahnung von vorschulischer Arbeit und Grundschulpädagogik. Während die Zuweisung in die Grundschulen nach festen Einzugsbereichen verläuft, ist der Kindergartenplatz frei wählbar. Wir wollen grundsätzlich an dieser Wahlmöglichkeit des Kindergartens festhalten, wollen aber mehr Transparenz bei der Verteilung der Kindergarten- und Krippenplätze herstellen. Liegt ein Kindergarten in unmittelbarer Nähe zur Grundschule, wie z. B. in Steinbeck und an der Wiesen- schule, so sollen bei knapper Anzahl von Plätzen die Kinder bei der Auswahl bevorzugt werden, die später in den Einzugsbereich der Grundschule fallen. Nur so kann die Arbeit der Kindergärten konkret mit der Grundschulpädagogik verzahnt und den Kindern ein unproblematischer Eintritt in die Schule ermöglicht werden.

Verzahnung von vorschulischer Arbeit und Grundschulpädagogik

Wir erkennen ausdrücklich die Arbeit von Erziehern und Erzieherinnen für die Gesellschaft an. Ihre Bezahlung ist bisher unzureichend und wird der gesellschaftlichen Bedeutung ihrer Tätigkeit nicht gerecht. Insbesondere der Anteil männlicher Erzieher ist dringend zu erhöhen. Schon heute ist absehbar, dass in Zukunft zu wenige Erzieher zur Verfügung stehen werden. Eine vorausschauende Politik berücksichtigt dies in der Personal- und Finanzplanung. Wir machen uns dafür stark, dass die Stadt Buchholz in den entsprechenden Gremien wie dem Deutschen Städtetag für eine leistungsgerechte Bezahlung von Fachkräften im pädagogischen Bereich eintritt.

Stärkere Anerkennung der Arbeit von Erzieherinnen und Erziehern

Bereits 2007 hat das Deutsche Jugendinstitut vorausgesagt, dass für die bis 2013 geplante Schaffung von Betreuungseinrichtungen für unter Dreijährige 75.000 Erzieher bzw. Erzieherinnen fehlen werden. Wir setzen uns

daher für ein breites, flächendeckendes und qualitativ hochwertiges Betreuungsangebot ein, das die Interessen der Kinder und Eltern abbildet.

Ein wesentlicher Baustein auf dem Weg zu einer flexiblen Kinderbetreuung ist das sogenannte „Platzsharing“. „Platzsharing“ bedeutet, dass zwei Kinder sich einen Platz in einer Kinderbetreuungseinrichtung stunden- oder tageweise teilen können. Von diesem Angebot profitieren insbesondere teilzeitbeschäftigte Eltern.

Platzsharing für Kindergartenplätze

Maßnahmen:

- Herstellung von mehr Transparenz bei der Vergabe der Krippen- und Kindergartenplätze;
- Abfrage von freien Plätzen über ein Internetportal;
- Einrichtung eines Arbeitskreises, der sich mit der Thematik „Tagesbetreuung von Kindern“ kontinuierlich befasst;
- Einbeziehung ortsansässiger Unternehmen in die Bedarfsplanung, Koordination und Förderung gemeinsamer Betriebskindertagesstätten;
- quantitative und qualitative Untersuchung des Betreuungsangebotes von Schulkindern;
- Förderung der Vernetzung bestehender Angebote (Vereine, Schulen, freie Träger, Wirtschaftsunternehmen wie Nachhilfeinstitute, selbstorganisierte Elternaktivitäten);
- Optimierung des Raumkonzeptes zur Betreuung von Kindern und Jugendlichen (Schulräume nach Schulschluss, Sportstätten in den Schulferien);
- Übersicht und Erweiterung des Angebotes an flexiblen Betreuungsmöglichkeiten (Notfallbetreuung).

Schule und Bildung

Schulpolitik liegt grundsätzlich in der Verantwortung des Landes und ist kommunal nur begrenzt zu beeinflussen. Wir wollen das Land nicht aus seiner Verantwortung entlassen und fordern die Verantwortlichen auf, sich für bessere Lernbedingungen an den niedersächsischen Schulen einzusetzen.

Hierbei arbeiten wir eng mit den Elternverbänden und Initiativen vor Ort zusammen. Wir möchten, dass der Elternwille bei der durch die demographische Entwicklung notwendigen Strukturreform der Schulen stärker berücksichtigt wird.

Insbesondere fordern wir die Politik auf, ihre ideologischen Bedenken gegenüber der Gesamtschule aufzugeben. Wenn der Elternwille dieses ausdrückt, dann schließen wir uns ausdrücklich der Forderung des niedersächsischen Elternverbandes an, auch drei- und vierzügige Gesamtschulen einzurichten.

Der Erhalt aller Grundschulstandorte ist zu sichern. Grundschulen müssen zu Fuß innerhalb von 30 Minuten zu erreichen sein. Durch eine verbesserte Schulwegsicherung wollen wir fördern, dass Eltern ihren Kindern den

Land in die Pflicht nehmen

Aufgabe der ideologischen Bedenken gegenüber der Gesamtschule

Erhalt aller Grundschulstandorte

Schulweg zu Fuß ermöglichen und der Zubringerverkehr zu Kindergärten und Schulen deutlich abnimmt.



Die Einteilung der Schuleinzugsbezirke werden wir unter Einbindung der Elterninteressen dahingehend prüfen, ob vermeidbare Gefährdungen wie z. B. die Überquerung des Steinbecker Mühlenweges durch eine Optimierung zu beheben sind.

Mit den Schulen und Verbänden wie dem Verkehrsclub Deutschland e.V. (VCD) wollen wir Kampagnen wie „FahrRad! Wer zur Schule mit dem Rad fährt oder zu Fuß geht, gewinnt.“ umsetzen.

In einem Sofortprogramm sollen die größten Ärgernisse und Gefahrenstellen aus der Sicht von Fußgängern und Radfahrern beseitigt werden. Vorrang haben dabei die Schulwege und die Verbindungswege zum Bahnhof. Das Fahrrad ist für uns ein gleichberechtigtes Verkehrsmittel. Eine entsprechende Mängelliste der Buchholzer Radwege ist bereits vor vielen Jahren der Stadt im Rahmen einer Aktionswoche vom „Allgemeinen Deutschen Fahrradclub e.V.“ (ADFC) vorgelegt worden. Besonders für Kinder und Jugendliche wollen wir die Verkehrssicherheit in Buchholz erhöhen, damit sie Freizeit- und Sportstätten allein erreichen können.

Weitere Maßnahmen:

- Kooperation mit der Agentur für Arbeit und den Schulen zur Unterstützung von Jugendlichen ohne Ausbildungs- und Arbeitsplatz;
- Förderung von Ausbildungsplatzpatenschaften und Ausbildungsplatzbörsen;
- Bildung eines runden Tisches zur Förderung der musikalischen Ausbildung und Erziehung; Prüfung einer Initiative "Jedem Kind ein Instrument" nach Hamburger Vorbild. Die Finanzierung könnte unter Heranziehung bestehender oder einer neu zu gründenden Stiftung erfolgen;
- Überprüfung und Förderung des Angebotes zur Familienbildung in Kooperation mit Vereinen, Bildungsträgern und der Kreisvolkshochschule;

Schulwegsicherung

Sofortprogramm zur Verbesserung der Situation für Fußgänger und Radfahrer

- Koordination und Förderung des Angebotes zur Sprachförderung und -therapie.

Jugend und Soziales

Buchholz ist geprägt durch das ehrenamtliche Engagement seiner Bürger. Dies zeigt sich nicht nur in der regen Vereinsarbeit, die ohne die vielen freiwilligen Helfer in dieser Form nicht möglich wäre.

Es hat sich in den vergangenen dreißig Jahren auch immer wieder in einer aktiven, offenen Jugendarbeit gezeigt. Hier geht es nicht nur um die Gestaltung der Freizeit für die Jugendlichen, sondern vielmehr um Aktivitäten von Jugendlichen für Jugendliche. Für heranwachsende Buchholzer war dies schon immer auch das Eintreten für die eigenen Interessen in einer Gruppe Gleichgesinnter und der Spaß an der Verantwortung des Einzelnen für andere - sei es nun als ehrenamtlicher Betreuer bei Ferienfreizeiten oder als „Schularbeiten-Helfer“ im Spiel- und Nachhilfeteam „Spinat e. V.“. Nicht zu vergessen sind die Auseinandersetzung und das Eintreten für jugendpolitische Themen. Wir begrüßen all diese Aktivitäten ausdrücklich und sehen unsere Verantwortung darin, sie von städtischer Seite auch weiterhin zu fördern.

Darüber hinaus müssen Jugendliche Erfahrungen sammeln können, um die eigenen kulturellen Möglichkeiten zu entwickeln. Nicht ohne Grund hat Buchholz bis heute eine bis weit über die Stadtgrenzen hinaus geschätzte Amateurmusikszene. Es mag sein, dass sich über die Jahre der eine oder andere Schwerpunkt verlagert hat; an die Grundideale glauben wir als Initiative noch immer und betrachten aktive Jugendarbeit als wertvollen Baustein der Buchholzer Stadtentwicklung.

Wir treten an, das Engagement Jugendlicher in den Gremien der Stadt ausdrücklich zu unterstützen. Wir freuen uns über und fördern die aktuellen Initiativen rund um die städtische Jugendpflege und das Jugendzentrum, z. B. im Sommerferienprogramm, in der Jugendgruppenleiter-Ausbildung oder beim Buchholzer Internet-Radio (buchholz.fm.). Wir wollen das ehrenamtliche Engagement der Buchholzer Jugendlichen ideell und finanziell fördern.

Viele Projekte im sozialen Bereiche sind durch eine ungesicherte Finanzierung immer wieder gefährdet. Wir wollen Trägern und Mitarbeitern in der Jugendarbeit für gute und häufig zu gering bewertete Arbeit eine gesicherte Finanzierung bieten, die sich auch in entsprechenden Arbeitsverträgen ausdrückt. Finanzieren wollen wir den Ausbau durch eine sorgfältige und kritische Prüfung des Haushaltes, z. B. in Bezug auf unnötige Ausgaben für das Stadtmarketing oder überdimensionierte Beschilderungen.

Maßnahmen:

- Städtische Förderung der offenen Jugendarbeit;
- Unterstützung des Ausbaus der Ferienprogramms, insbesondere des internationalen Jugendaustausches;

Stärkung des Ehrenamtes

Aktive Jugendpolitik zur Mitwirkung am Gemeinwesen

Stärkung der Buchholzer Amateurmusikszene

Langfristige Absicherung bewährter Sozialprojekte wie „Spinat e.V.“



- Förderung der Amateurmusikerszene, z. B. durch Schaffung von besseren Auftrittsmöglichkeiten;
- Stärkere Berücksichtigung Buchholzer Gruppen auch auf den Hauptbühnen des Stadtfestes;
- Auftrittsmöglichkeiten in der Empore, z. B. „Festival Buchholzer Bands“.

Kultur, Sport und Freizeit

Nach anfänglichen Schwierigkeiten wird die Empore immer mehr als Veranstaltungszentrum für alle Buchholzer Bürger angenommen. Dies ist vor allem ein Verdienst des momentanen Teams der Empore. Die Fortsetzung der Arbeit muss durch entsprechende Arbeitsverträge gesichert werden. Durch Kooperationen mit Schulen und Veranstaltungen von Buchholzer Vereinen sind Ansätze geschaffen worden, die Empore in der Mitte der Buchholzer Bevölkerung zu verankern. Wir wollen, dass die Buchholzer Empore noch stärker zu einem Begegnungszentrum für Jung und Alt in der Mitte der Stadt wird.

Wir möchten daher, dass öffentliche Veranstaltungen häufiger in der Empore stattfinden, und dies auch durch die flexible Gestaltung bzw. ggf. den Verzicht auf Nutzungsgebühren gefördert wird. Wir denken dabei an die Abschlussbälle und andere Veranstaltungen der Buchholzer Schulen, Veranstaltungen der Buchholzer Vereine wie der AWO, Altenhilfe und der Sport- und Schützenvereine, aber auch an einzelne Ratssitzungen, bei denen von einem besonderen Bürgerinteresse ausgegangen wird.

Wir wollen fördern, dass mehr Veranstaltungen in der Empore stattfinden, die sich an Bürger mit einem geringen Einkommen wenden. Auch Jugendliche müssen bei der Erstellung des Programms stärker berücksichtigt werden.

Als Stadt vor den Toren der Musik- und Medienmetropole Hamburg beheimaten Buchholz und der Landkreis Harburg viele bekannte Künstler. Wir machen uns dafür stark, dass diese stärker in das Programm der Empore eingebunden werden. Durch Verzicht auf einen Teil der Gage könnten so Veranstaltungen für alle Buchholzer in der Empore stattfinden.

**Stärkung der Empore
als Begegnungszentrum
für alle Buchholzer**

Alle Sportstätten auf dem Gebiet der Stadt sind in Absprache mit den Vereinen bedarfsgerecht zu erhalten und auszubauen. Viele Sportstätten gehören den Vereinen oder ihr Erhalt liegt in der Verantwortung des Kreises. Über die Arbeitsgemeinschaft der Buchholzer Sportvereine erhält die Stadt jedoch schnell einen Überblick über Nutzungseinschränkungen aller Sportstätten. Die Stadt unterstützt die Vereine bei der wichtigen Erfüllung ihrer Aufgaben. Dieses geschieht in finanzieller, aber auch beratender Hinsicht.

Erhalt und bedarfsgerechter Ausbau der Sportstätten



Ein großes Ärgernis für die Vereine ist es z. B., dass sie viele Sportstätten während der Schulferien nicht nutzen können. Für uns passt diese Regelung nicht mehr in die heutige Zeit und bedarf einer Lösung am „runden Tisch“. Bei großen Investitionen in neue oder bestehende Sportstätten sollte sich die Stadt vor allem auf Kernsportarten konzentrieren, die keinen kurzfristigen Trends unterliegen. Turnen, Fußball, Handball, Rad- und Laufsport stehen auch durch Großveranstaltungen für die Sportstadt Buchholz.

Gezielte Förderung der Kernsportarten

Großen Bedarf sehen wir auch im Bereich des Schwimmsports bzw. der Nutzung des Schwimmbades als Freizeitstätte. Hier muss der vor Jahren erfolgte Rückbau des Schwimmbades im Nachhinein als Fehlentscheidung betrachtet werden. Vor allem der Rückbau des 50-Meter-Beckens hat dazu geführt, dass Schwimmen als Wettkampfsport in Buchholz nur noch eingeschränkt möglich ist.

Wir wollen das Buchholzer Schwimmbad attraktiver machen und fordern dafür ein langfristig angelegtes Sanierungskonzept. Schon heute weichen viele Familien auf umliegende Schwimmbäder aus, da das Buchholzer Bad nicht familienfreundlich ist. Das Hallenbad hat eine besonders für Kleinkinder zu niedrige Wassertemperatur. Das Hallenbad ist um ein Lernschwimmbecken zu erweitern, um den Schwimmernunterricht der Buchholzer Schulen zu sichern. Das Freibad bietet für Kleinkinder kaum Möglichkeiten, da die Wassertiefe im Nichtschwimmerbereich nicht bedarfsgerecht ist.

Steigerung der Attraktivität des Buchholz Bades

Ein Alleinstellungsmerkmal in der Region könnte Buchholz durch die Schaffung eines ausgeschilderten und kartographisch dargestellten Lauf- und Walking-Wegenetzes ("Buchholzer Runde") mit vernetzten, attraktiven Teilstrecken in den Ortschaften bzw. deren Naherholungsgebieten (Brun-

Lauf- und Walkingwegenetz

berg, Stuvewald, Steinbachtal, Königsgrund usw.), ggf. in Kooperation mit angrenzenden Gemeinden (z. B. im Büsenbachtal), erhalten.



Auch Konzepte, die vor Jahren von der Wählergruppe „Junge Menschen für Buchholz“ (JuMBu) vorgeschlagen worden sind, wie das Freibad mit einer Freilichtbühne und/oder einem Jugendzeltplatz zu kombinieren, wollen wir prüfen. Keinesfalls wollen wir den Erholungswert des Freibades dadurch mindern, dass die Trasse des Ostrings die Liegeflächen verringert oder in unmittelbarer Nähe zu ihnen verläuft.

Anknüpfen an den Ideen der JuMBu

Eine lebendige Stadt für alle Generationen

Wir verstehen Seniorenpolitik als generationenübergreifende Verpflichtung und als Querschnittsaufgabe durch alle Lebens- und Politikbereiche der kommunalen Gemeinschaft. Darum setzen wir uns für gute Lebensbedingungen, gerechte Bildungschancen und ausgeglichene soziale Beziehungen für alle Menschen ein, also für die Zufriedenheit aller Generationen - vom Säugling bis zum Senioren!

Seniorenpolitik als Querschnittsaufgabe

Ältere Menschen müssen ein selbstbestimmtes Leben führen und eine möglichst intensive Teilhabe am Leben der Gemeinde beanspruchen können. Die dafür notwendigen bedarfsgerechten Wohn- und Versorgungsstrukturen wollen wir durch einen kleinräumigen Planungsansatz schaffen. Erwünscht ist dabei ein aktivierendes Wohnumfeld, das Freizeitangebote, Geschäfte und grüne Räume auf kurzer Entfernung umfasst.

Stadt der kurzen Wege zur Sicherung der Lebensqualität von Senioren

Es müssen also:

- altengerechter Wohnraum geschaffen werden; d. h. vor allem mehr seniorengerechte Wohnungen im Innenstadtbereich,
- gemischte Generationsstrukturen in allen Wohngebieten etabliert werden,

- seniorengerechte Wohnquartiere gestaltet und die bestehenden Wohnquartiere seniorengerecht überplant werden.

Außerdem wollen wir das Verhältnis der Generationen produktiv, gerecht und solidarisch gestalten, um so der Trennung der Generationen entgegenzuwirken; denn Partizipation stärkt das Interesse am Gemeinwesen. Hierbei geht es vor allem darum, die Erfahrungen und Kenntnisse der älteren Menschen zum Nutzen des Gemeinwesens zu aktivieren.

Einbindung der Erfahrungen älterer Menschen

Weitere Maßnahmen:

- Langfristige finanzielle und personelle Sicherung eines Seniorenservicebüros;
- mehr Einfluss des Seniorenbeirats bei politischen Entscheidungen;
- Förderung von Wohnprojekten (Altenwohngemeinschaften, gemeinsames Wohnen von Jung und Alt);
- Schaffung eines Jugend- und Altenparlaments;
- Verbesserung der Mitsprachemöglichkeiten von Senioren z. B. beim ÖPNV;
- Ausweitung des Bildungsangebots für Senioren in den Ortschaften;
- altengerechte Stadtplanung.

Seniorenservicebüro



Im Alter wird der Bewegungsradius kleiner. Dadurch werden die Erreichbarkeit zu Hause, soziale Netzwerke und der Internetzugang wichtiger.

In der Verkehrspolitik orientieren wir uns daher am Modell der „Stadt der kurzen Wege“; das meint: Vermeidung von Angst, Gewährleistung von Ruhe und Langsamkeit und Schaffung von Rückzugsmöglichkeiten.

Stadt der kurze Wege

Wir fordern daher:

- barrierefreie Bürgersteige,
- längere Ampelgrünphasen für Fußgänger,

- Aufstellen von mehr Ruhebänken und anderen Sitzgelegenheiten,
- Schaffung von zusätzlichen Erholungsflächen pro Quartier,
- nähräumliche Versorgungsangebote für Güter des täglichen Bedarfs,
- altengerechte Ausstattung von Geschäften, Banken und öffentlichen Einrichtungen.

Finanzen

Finanzpolitik sehen wir als wesentlichen Bestandteil einer nachhaltigen Politik an. Wir verpflichten uns einer Politik, die keine Schulden auf Kosten nachfolgender Generationen macht. Gleichzeitig sehen wir aber auch, dass starke Schultern mehr tragen können als schwache. Daher halten wir eine Staffelung z. B. der Kindergartengebühren nach Einkommen für gerechtfertigt und lehnen eine „Sozialpolitik mit der Gießkanne“ ab.

Die teilweise dramatische finanzielle Lage der Kommunen hat ihre Ursachen in der veränderten finanziellen Ausstattung durch den Bund. Insgesamt sind die Ausgaben der Kommunen seit zwei Jahren deutlich stärker als die Einnahmen gestiegen. Dies führt dazu, dass einige Kommunen immer häufiger ihre laufenden Ausgaben (nicht die notwendigen Investitionen) für Personal, Sachkosten, Sozialleistungen usw. über Kredite finanzieren müssen. Die Stadt Buchholz ist von dieser Politik des Bundes auf Kosten der Kommunen in wesentlichen Bereichen verschont geblieben. Denn aufgrund der niedrigen Arbeitslosenquote in Buchholz sind z.B. die Kosten für die Unterkunft von ALG-II-Empfängern im Vergleich zu anderen Kommunen gering.

Wir fordern den Bürgermeister der Stadt Buchholz dennoch auf, sich konsequent für eine bessere finanzielle Ausstattung der Kommunen in Gremien wie dem Deutschen Städtetag einzusetzen. Besonders Familien mit niedrigen und mittleren Einkommen sind durch die in den letzten Jahren sinkenden Realeinkommen, eine verfehlte Steuerpolitik des Bundes und eine Erhöhung der Sozialabgaben immer stärker belastet worden. Wir lehnen daher eine Erhöhung kommunaler Gebühren und Steuern ab und treten für eine effiziente Verwendung der vorhandenen Mittel ein.

Auch beim Ausbau der Infrastruktur wie dem Kanalausbau und dem Straßenausbauprogramm, die zu 90 % vom Bürger finanziert werden, sind die finanziellen Möglichkeiten junger Familien besonders in Betracht zu ziehen. Auch hier setzen wir auf kluge Lösungen, um die finanziellen Belastungen von Familien möglichst gering zu halten. Auch das verstehen wir unter einer Politik, die die Interessen junger Familien ernst nimmt.

Intelligente Lösungen sehen wir zum Beispiel im Herstellen von Win-Win-Situationen. Ein Weg zur Steigerung der Energieeffizienz und der Sanierung von kommunalen Gebäuden ist das sogenannte „Energiespar-Contracting“: Kommunen gehen mit Firmen einen Vertrag über die Investitionen im Bereich der energetischen Sanierung ein. Die Finanzierung und Umsetzung liegt beim Unternehmen; die Kommune spart Energiekosten und bezahlt die jährlichen Raten für die Investition und Wartung der hochmodernen Anlagen. Das Unternehmen verdient an der Technik und

Nachhaltige Finanzpolitik

Keine Schulden auf Kosten nachfolgender Generationen

Eintreten für eine verbesserte finanzielle Situation der Kommunen

Belastungen von jungen Familien gering halten

Energiespar-Contracting

erhält eine Prämie, wenn die Energieeinsparkosten noch unter der vertraglich vereinbarten „Erfolgsgarantie“ liegen. Zudem wird der CO₂-Verbrauch deutlich gemindert. Dieses Verfahren wird besonders von Kommunen im süddeutschen Raum bereits sehr erfolgreich umgesetzt.

Generell sehen wir es als ein notwendiges Mittel einer vorausschauenden, nachhaltigen Finanzpolitik an, Ausgaben für größere Bau- und Infrastrukturprojekte (z. B. Straßenbau) auf einen strengen Prüfstand zu stellen. Sowohl hinsichtlich der entstehenden Investitionskosten, als auch was den Aufwand der späteren Unterhaltung anbelangt, bedarf es für alle investiven Maßnahmen einer eingehenden Kosten/Nutzen-Prüfung.

Der finanzielle Spielraum für gegenwärtig und zukünftig notwendige Maßnahmen im sozialen Bereich und in der Familienpolitik darf nicht durch verzichtbare Prestigeobjekte oder überdimensionierte Infrastrukturvorhaben eingeengt, die hohen Unterhaltungslasten dürfen vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung nicht den nachfolgenden Generationen als „Erblast“ aufgebürdet werden.

Gerade auch aus diesen finanzpolitischen Erwägungen lehnen wir beispielsweise den Ostring als eine nicht nur stark die Umwelt belastende, sondern auch unverhältnismäßige und nicht in einem angemessenen Kosten/Nutzen-Verhältnis stehende Infrastrukturmaßnahme entschieden ab.

Berücksichtigung der Folgekosten bei Infrastrukturprojekten

Buchholz, im Juli 2011



Buchholzer Liste
für Umwelt, Soziales & Nachhaltigkeit





Buchholzer Liste
für Umwelt, Soziales & Nachhaltigkeit